



Töten per Knopfdruck?

— Kann eine Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr noch verhindert werden? —

Nach einer sechsjährigen Auseinandersetzung hat die Große Koalition kurz vor der parlamentarischen Sommerpause einen neuen und sehr gefährlichen Schritt in den Drohnenkrieg gemacht. In den Bundestagsausschüssen für Verteidigung und Haushalt bewilligten SPD und Union am 13. Juni 2018 die Unterzeichnung eines 9-jährigen Leasingvertrages für fünf bewaffnungsfähige israelische Drohnen des Typs Heron TP für 1,2 Milliarden Euro. DIE LINKE und die Grünen stimmten gegen die Vorlage. FDP und AfD enthielten sich der Stimme. Jedoch steht die Auseinandersetzung über die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr noch bevor. Wie im Koalitionsvertrag vom März 2018 festgelegt, darf die Bundeswehr die Heron TPs zunächst nur als Aufklärungsdrohnen einsetzen.

Seit fast zehn Jahren gibt es eine internationale Debatte über den Einsatz von bewaffneten Drohnen. Schon zur Amtszeit von Präsident Clinton experimentierte die CIA heimlich mit der Bewaffnung von Drohnen für die „Terrorbekämpfung“. Ab 2001 setzte die USA Kampfdrohnen in Afghanistan und danach in weiteren Ländern ein. Das US-Drohnenprogramm blieb lange weitgehend geheim und wurde erst 2009 durch den zivilen Ungehorsam einer kleinen Gruppe von US-Pazifist*innen an die Öffentlichkeit gebracht. Schon 2010 kritisierte der Sonderberichterstatter der UNO die „gezielten“ Tötungen der USA durch Drohnen. Vor diesem Hintergrund gab es in Deutschland nach Ankündigung der Drohnenkrieg-Ambitionen des Verteidigungsministeriums 2012 auch in den Leitmedien eine kritische Debatte. Darauf aufbauend haben die DFG-VK und etwa 150 weitere Organisationen, darunter die IPPNW, im März 2013 das Netzwerk „Drohnen-Kampagne“ gegründet und den Appell „Keine Kampfdrohnen!“ unterstützt. DIE LINKE und die Grünen sowie einige bekannte SPD-Persönlichkeiten haben den Appell damals mitunterzeichnet.

In mehreren SPD-Orts- und Landesverbänden wurde das neue Waffensystem scharf kritisiert. Die SPD-Führung positionierte sich zwar im Wahlkampf 2013 gegen Kampfdrohnen, führende SPD-Verteidigungspolitiker*innen unterstützten jedoch spätestens ab 2016 das Projekt einer „Euro-Drohne“ und die Einführung der Heron TP Drohnen als „Übergangslösung“. Nach einer intensiven Lobby-Kampagne der Friedensbewegung lehnte die SPD-Fraktion im Juni 2017 die Unterzeichnung eines Leasingvertrages für die Heron TP Drohnen überraschend ab mit der Begründung, dass die Munition und die dazu gehörenden Trainingsmaßnahmen für die Bundeswehr schon mitgekauft werden sollten.

In einem Kompromiss legten Union und SPD im Koalitionsvertrag von 2018 ein Leasing der bewaffnungsfähigen Heron TP Drohnen fest, versprachen aber: „Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden“. Vergeblich argumentierten Kampfdrohnengegner*innen, dass es sinnlos und verschwenderisch wäre, bewaffnungsfähige Drohnen anzuschaffen, bevor die vorgesehene parlamentarische Debatte über die grundsätzliche Frage der Bewaffnung stattgefunden habe. Nichtsdestotrotz ist der bisherige Widerstand in Deutschland gegen eine Kampfdrohnen-Beschaffung im Vergleich mit anderen europäischen Ländern bemerkenswert. In den letzten zwölf Jahren haben Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien, Holland und Belgien bewaffnungsfähige bzw. bewaffnete US-Drohnen weitgehend ohne öffentliche Debatten bestellt.

Zudem ist die Anordnung einer ethischen und rechtlichen Prüfung des neuen Waffensystems durch die regierenden Parteien in Deutschland unter den NATO-Mitgliedstaaten ohnegleichen. Sie böte die Möglichkeit für eine dringend notwendige internationale Expertenanhörung und eine gesellschaftliche Debatte zum Einsatz von Kampfdrohnen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass das Verteidigungsministerium einen Anlass findet, um die Bewaffnung schnell durchzudrücken und „die Würdigung“ dementsprechend als oberflächliches Durchwinken gestaltet wird. Um dieser Gefahr entgegen zu wirken, müssen wir unsere Ablehnung gegen die Bewaffnung der Drohnen weiterhin durch Veranstaltungen und Aktionen aktiv in die Öffentlichkeit tragen und die Lobbyarbeit fortsetzen. Für die neue Situation sind neue Anregungen in der Friedensbewegung nötig.

Weitere Informationen: drohnen-kampagne.de

Protest gegen den Kampfdrohnen-Beschluss im Juni 2018:
https://youtu.be/oTtV1_TsDOQ

Elsa Rassbach ist
Vertreterin der US-
Friedensorganisation
CODEPINK und
Mitbegründerin der
deutschen Drohnen-
Kampagne.

